

Bezugspreis:
Die Homburger Zeitung
erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage und kostet mo-
natlich 1.40 M. frei ins
Haus gebracht, durch die
Post bezogen 4.20 M.
vierteljährlich 3.60 M., hal-
bjährlich 6.80 M., jähr-
lich 12.80 M. Einzel-
nummern kosten 10 Pf.

Geschäftsstelle:
Zornheimstraße 21/23.
Badenburger Nr. 414.

Homburger Zeitung

Kreis-Zeitung für den Obertaunuskreis

Durch höhere Gewalt verursachtes Nichterscheinen der „Homb. Ztg.“ berechtigt die Bezugsnehmer zu keinerlei Rückforderung des Abonnementsgeldes.
Bei gerichtlicher Beitreibung von Anzeigengebühren wird jeder Rabatt hinfällig. Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Druck und Verlag: Gutenberg-Druckerei G. m. b. H., Geschäftsleitung: Carl Schalk, Bad Homburg.
Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Wilhelm Eise, für den Inseraten- und Anzeigenenteil: Carl Döhler, beide in Bad Homburg.

Anzeigenpreis:
Die sechsgehaltene Zeit-
ung oder deren Raum
kostet 30 Pf., im Nach-
richtenteil die Zeitungs-
zeile 1 M. Anzeigen aus dem
Obertaunuskreis 20 Pf.
Hierzu seit 1. Juni 1919:
25% Feuerungszuschlag.
Nachschuß nach Tarif bei
späteren Wiederholungen.

Postfachkonto Nr. 26 074
Frankfurt a. M.
„Gutenberg-Druckerei“.

Nr. 282.

Bad Homburg, Mittwoch, den 3. Dezember 1919.

77. Jahrgang.

Das Neueste

Der demokratische Abg. Justizminister Müller-Mein-
gen wendet sich scharf gegen den Untersuchungsausschuß.
Bei den Kreiswahlen im Kreise Belgard in
Pommern erhielten die Deutsch-Nationalen 6162, die
Demokraten 823, die Sozialdemokraten 2402 Stimmen.
Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, muß durch das an-
dauernde Anschwellen der Elbe demnächst mit der Ein-
stellung der gesamten Elbschiffahrt gerechnet werden.
Die deutsche Flotte soll verteilt und vernichtet
werden.

Der Abtransport aus dem Baltikum geht bis jetzt
planmäßig vor sich.

Am 3. Dezember wird der Hauptauschuß des deut-
schen Städtetages über die Reichsfinanzreform beraten.
Die Nachricht, daß der Grenzschutz aus Bromberg
und Thorn zurückgezogen werden sollte, entspricht nicht
den Tatsachen.

In Bayern ist eine bayerische Königspartei ge-
gründet worden.

Wie der „Secolo“ meldet, hat der Papst den Erz-
bischof von Paris, Cardinal Amette, beauftragt, bei Cle-
menceau zu Gunsten der deutschen Kriegsgefangenen vor-
tellig zu werden.

Der Schweizer Bundesrat hat an die Regierung der
am Kriege beteiligten Staaten einen Aufruf zugunsten aller
noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen gerichtet.

Der französische General Nessel droht mit dem Bom-
bardement Memels, falls sich dort Zwischenfälle ergeben
sollten.

Die polnische Regierung hat bei der Entente Wider-
spruch gegen die Belegung von Bromberg und Thorn mit
der Eisernen Division erhoben.

In Brüssel tritt eine Konferenz für den Völker-
bund zusammen, an der die alliierten und assoziierten
Regierungen teilnehmen.

Der spanische Thronfolger Antonio d'Orleans hat
auf den Titel eines Thronfolgers von Spanien und die
damit zusammenhängenden Privilegien verzichtet.

Die neue italienische Kammer wurde vom König mit
einer Thronrede eröffnet, in der er Italien als einen der
Sieger des Weltkrieges bezeichnet.

In das englische Unterhaus ist jetzt zum erstenmal
eine Frau gewählt worden.

Der Streik in Katalonien ist allgemein. Die Ruhe
wurde nirgends gestört.

Die Antwort Clemenceaus.

Paris, 2. Dezbr. (Wolff.) Havas. Die Antwort Cle-
menceaus auf die deutsche Note betr. die Kriegsgefangenen ver-
weist auf den Zusammenhang zwischen Inkrafttreten des Fried-
ensvertrages und der Heimkehr der Gefangenen. Die unter
dem 28. August in Aussicht gestellte schnellere Heimkehr für
die unterbrochen worden durch die Vertragsverletzungen
deutschseits, also durch Deutschlands Verschulden.
Für die Verzögerung sei aber die deutsche Regierung direkt ver-
antwortlich, auch deshalb, weil sie die Note der Alliierten vom
1. November unbeantwortet gelassen habe und die zur Er-
ledigung des Vertragsprotokolls nach Paris gekommenen Dele-
gationen bereits nach zwei Tagen wieder abgereist seien. Die
Gefangenensache werde von der deutschen Regierung zum Ver-
such der Aufhebung der öffentlichen Meinung gegen die Alliierten
und insbesondere Frankreich benutzt. Eine Diskussion über die
Auslieferung der Schuldigen sei nicht zulässig. Deutschland dürfe,
solange nicht die Schuldigen bestraft und das Uebel beseitigt
sei, keine Aufnahme in den Völkerbund und kein Vergessen seiner
Verfehlungen feinds der Alliierten erwarten.

Politische Rundschau.

Der Stand des Wiederaufbaues.
Darmstadt, 2. Dez. (W. B.) Wiederaufbauminister Dr.
Wehler legte hier in einer Konferenz den jetzigen Stand der
Aufbauarbeiten und die für die Zukunft maßgebenden
Richtlinien dar. Man dürfe die Aufgaben nicht nur vom
deutschen Standpunkt aus betrachten, sondern müsse auch die
von nationalen Erwägungen geleiteten französischen Beschlüsse
in Rechnung ziehen. Die Fragen seien zu trennen in Auf-
räumungsarbeiten, den eigentlichen Wiederaufbau und die Ma-
teriallieferungen. Man werde hierbei eines gewaltigen Ar-
beitsbedarfes bedürfen. Gegenüber den deutschen Arbeitern bestände
in Frankreich vielerlei Mißtrauen. Der Beteiligung deutscher Ar-
chitekten und Techniker siehe Frankreich ablehnend gegenüber.
Unberechtigte Unternehmerrgewinne müßten vermieden werden.

Die neue Grenzmark.
Berlin, 2. Dez. Bei der Eröffnung der Schneidemühlener
Regierung beehrte Regierungspräsident von Bülow die Be-
amten und Angestellten und sagte: Wir stehen unmittelbar vor
einer entscheidenden Amputation, die an unserem Vaterlande voll-
zogen wird und uns zwei blühenden Provinzen zum größten
Teile beraubt. Von dem in den tosenden Ruinen des Vater-
landes verbliebenen Lande ist uns nur ein schmaler Streifen
geblieben. Auf dem wollen wir mit festen Füßen stehen und
nicht weichen. Die neue Grenzmark Westpreußen wollen wir
hegen und pflegen nach besten Kräften. Ihr sei unsere Arbeit
und Liebe geweiht. Arbeit ist das einzige, was uns selbst, was
unser armes verfallenes Volk noch retten kann vor dem dro-
henden Untergang.

Ententesforderungen.
Amsterdam, 2. Dez. (Wolff.) Nach einer Meldung des
„Telegraaf“ weist ein Artikel des offiziellen „Daili Chronicle“
den Gedanken einer Beilegung des Haager Schiedsgerichtshofes
mit dem neuesten Streitfall zwischen den Alliierten und Deutsch-

land scharf zurück, bemerkt aber, daß vielleicht über Einzelheiten
verhandelt werden könne, wenn Deutschland nachweise, daß die
Erfüllung von Forderungen der Alliierten Deutschland mehr
bilden lasse und in seinem Wiederaufbau mehr hindere als be-
absichtigt sei.

Der Weg der Sowjetregierung.
Haag, 2. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“
meldet aus London: Lenin sei geneigt, den fremden Staaten
große Zugeständnisse zu machen. Wie Litwinow sagte, sind die
Sowjetmänner Realpolitiker und halten es für vorteilhafter,
selbst um den Preis großer Konzessionen den Frieden zu er-
kaufen, als noch mehr Blut zu verschütten in einem Kampfe,
der jede wirtschaftliche Entwicklung verhindert. Während der
Uebergangszeit, so erklärte Litwinow, sei die Sowjetregierung
gezwungen, einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kom-
munismus einzuschlagen. Der reine Kommunismus sei erst
möglich, wenn auch die anderen Länder ihn annehmen; zweifel-
los würden sie einmal dem Vorbild der Sowjetunion folgen, da je-
doch Rußland seiner Zeit voraus sei, so müsse es vorläufig zum
Kapitalismus zurückkehren. Augenblicklich sei der beste Zeitpunkt
für die Aufnahme von Unterhandlungen.

Lokale Nachrichten

Wir bitten unsere Leser, uns über alle bemerkenswerten Ereignisse in der
Stadt zu unterrichten (Fernsprecher 414). Nachrichten werden gerne vergütet.

Bad Homburg v. d. H., den 3. Dezember 1919.

Gedenktage zum 3. Dezember. 1857: Der Bildhauer Rauch
gest. 1870: Schlacht bei Orléans. 1915: Joffe wird
Oberbefehlshaber aller französischen Meere. 1916: Großer
- Sieg am Argonne.

Vorausichtliche Witterung für morgen.
Reißt bedeckt, zeitweise Regen, mild, südwestliche Winde.

Stadtverordneten-Versammlung

am 2. Dezember.
„Haus und Tribünen sind vollbesetzt, so ähnlich heißt
es wohl in den großen Parlamenten, wenn etwas im An-
zuge ist. Auch für die geistige Sitzung der Stadtverord-
neten kann dies gelten. Der Antrag auf Auflösung des
Arbeiterrates hatte nahezu vollständig das Kollegium ver-
eint, und auf der Galerie saßen, wie in einem Zirkus, die
Zuhörer schichtenweise übereinander. Dazu war der Haus-
flur noch dichtgedrängt voll. Doch die Stadtväter hatten
Erbarmen, von wegen kalten Füßen und Schnupfen und
unbefriedigter Witzgierde. Sie nahmen die Gäste bereit-
willigst zu sich in den Sitzungssaal. Und so war es dann
eine recht ansehnliche Menge, unten und oben Kopf an
Kopf, den „großen“ Tag zu erleben.“

„Alexa“.

Roman von Ed. Wagner.

21. Fortsetzung.

„Sie waren dort?“
„Ja.“
„Sie sind von englischer Geburt? Ich bin fest davon
überzeugt!“
„Ich bin ein Engländer!“
„Und doch haben Sie während meines ganzen Ver-
weilens hier nie von England gesprochen. Ist es lange
her, seitdem Sie England verlassen haben?“
Mr. Strange nickte.
„Vielleicht haben wir gemeinschaftliche Bekannte,“ sagte
der Graf. „Ich habe Sie nie einen englischen Namen au-
ßer hören; aber vielleicht wäre ich imstande, Ihnen Aus-
kunft über alte Bekannte geben zu können. Alexa sagte
mir, daß Sie nie englische Zeitungen lesen.“
„Weil ich von der Stunde meiner Verbannung an mich
nicht um Neuigkeiten aus England kümmerte. Ich ver-
lange weder von England zu hören, noch es jemals wie-
derzusehen.“

„Und gibt es nicht eine Person in England, von deren
Wohlergehen Sie hören möchten?“ fragte der Graf ein-
dringlich.

Ueber das bleiche Gesicht Mr. Strange's zogen finstere
Wolken. Eine plötzliche, überwältigende Aufregung über-
fiel ihn, die zu verbergen er sich abwandte.

„Es gibt niemand, von dem ich zu hören wünschte,“
sagte er rauh, „niemand in England, niemand in der
ganzen Welt.“

„Haben Sie meinen Vater gekannt?“ fragte Lord
Kingscourt, welcher wünschte, seinen Wirt für irgend
etwas zu interessieren.

„Ich habe ihn gekannt,“ lautete die Antwort.
„Er starb vor sechs Jahren,“ brach der junge Graf,
„und meine Mutter folgte ihm kaum ein Jahr später.“

Ein mächtiges Verlangen, wieder einmal von Men-
schen zu hören, die er früher gekannt hatte, durchdrang
seine Seele. „dasselbe Verlangen, welches

sich während der Anwesenheit Lord Kingscourts in seinem
Haufe schon mehrmals seiner bemächtigt hatte. Es gab
Menschen, die er einst gekannt, die ihm lieb und teuer ge-
wesen waren, — lebten sie noch, oder waren sie tot? Er
hatte seit sechzehn Jahren nichts von ihnen gehört. Neues
aus der Heimat! Er brannte plötzlich vor Verlangen, es
zu hören. Seit sechzehn Jahren war er keinem Engländer
begegnet, hatte er keine englische Zeitung gelesen. Wie
mochte sich in dieser Zeit alles verändert haben!

„Ich hörte manche große Namen, als ich vor Jahren
in England war,“ sagte er vorsichtig, aber noch mit einer
gewissen Hast. „Ich denke, daß eine neue Generation von
Peers jetzt im Hause der Lords sitzt und eine neue Ge-
neration im Hause der Gemeinen. Ich weiß, daß Königin
Victoria noch regiert, kenne auch aus den Athener Zei-
tungen die politischen Tagesneuigkeiten. Ich glaube, daß
ich mit der englischen Politik ebenso vertraut bin, wie Sie
selbst, Mylord. Aber um die Zeit zu verbringen, die
wir noch bis zur Ankunft der Pferde und Ihrer Begleiter
vor uns haben, möchte ich wohl etwas Neues aus der
Gesellschaft hören. Welche sind gegenwärtig die hervor-
ragendsten Personen der hohen Gesellschaft Englands?“

Lord Kingscourt nannte verschiedene Namen, welche
jedoch seinen Wirt wenig zu interessieren schienen.

„Ich denke, mein Vormund kann als eine der ton-
angebenden Personen bezeichnet werden,“ bemerkte der
Graf. „Selbstverständlich ist er jetzt nicht mehr mein Vor-
mund, aber er war es nach meines Vaters Tode während
der Zeit meiner Minderjährigkeit. Er ist jedoch nicht ver-
heiratet.“

„Ihr Vormund?“

„Ja, der Marquis von Montheron.“

Mr. Strange zuckte zusammen, als habe ihm eine
Angel die Brust durchbohrt.

Ein fernes Geräusch von Pferdetritten auf der andern
Seite des Hauses nahm die Aufmerksamkeit Lord Kings-
courts in Anspruch.

„Die Leute kommen!“ sagte er.

Mr. Strange rückte den Kopf in die Hand, dadurch
sein Gesicht verbergend, welches von Schmerz verzogen und
totenbleich war. Seine Augen hatten einen seltsam starren

Glanz, sein Atem war schwer und unregelmäßig, als sei
ihm die Luft abgeschnitten und er dem Ersticken nahe.

„Ich habe mich getrennt,“ sprach der Graf nach einer
Weile, „es sind unsere Leute nicht. Es muß ein anderes
Geräusch gewesen sein.“

„Sie sprachen von Ihrem früheren Vormund,“ sagte
Mr. Strange mit gewaltiger Anstrengung. „Er ist nicht
verheiratet?“

„Nein; aber er ist sehr beliebt in allen Kreisen. Er
ist reich und einer der feinsten Gentlemen. Ohne Zweifel
hätte er schon längst eine geeignete Partie machen können,
aber seit Jahren hat er mit unverbrüchlicher Ergebenheit
eine Dame angebetet, jedoch mit wenig Erfolg. Vor
meiner Abreise aus der Heimat wurde aber seine Ver-
lobung mit dieser Dame als bevorstehend ausge-
sprochen.“

„Wer ist die Dame?“

„Eine der schönsten Frauen Englands, über ihre
Jugend- und Frühlingszeit hinaus, aber in einem wahren
Sommerglanz von Lieblichkeit und Schönheit. Sie ist die
Tochter des Herzogs von Cliffoke, — Lady Wolga!“

Ein tiefer, seltsamer Ton entfuhr Mr. Strange's Lip-
pen. Sein Oberkörper sank kraftlos vorwärts, wie von
einem Schläge plötzlich gelähmt.

Jetzt wurden die Pferde und Kaultiere in einiger Ent-
fernung sichtbar, geführt von den Männern, welche zur
Bedeckung dienen sollten, und der junge Graf achtete nicht
auf Mr. Strange.

„Sie haben die beiden Namen, die ich eben nannte,
gewiß schon gehört,“ fuhr er, sich erhebend fort. „Vor
achtzehn Jahren wurde der Name Montheron in der
ganzen Welt genannt und die Namen des gegenwärtigen
Marquis und der Lady Wolga wurden vorzüglich überall
erwähnt. Ich spreche von dem Drama, welches damals ganz
England mit Schrecken erfüllte.“

Die Leute mit ihren Tieren kamen näher und hielten
jetzt vor der Beranda.

Mr. Strange erhob sich schwer und hielt sich fest an der
Balustrade, um nicht umzufallen.

(Fortsetzung folgt.)

Das sei vorweg gesagt, Sensations- und Kaufstübe kamen nicht auf ihre Rechnung. Stadtv. Dr. Wolff begründete recht sachlich seinen Auflösungsantrag und fand demgemäß auch eine sachliche und ruhige Erwiderung, von der Linken, die stundenlang redete und redete und ebenso von den übrigen Fraktionen, die den löblichen Grundsatze befolgten: sag, was du sagen willst, kurz und bestimmt, laß alle schönen Phrasen fallen. Kleine Entgleisungen und Zusammenstöße kamen wohl vor, aber es war doch nicht weiter schlimm. Nochmals, Sensations- und Kaufstübe kamen nicht auf ihre Rechnung. Und es stellt unser Stadtverordnetenparlament ein ehrendes Zeugnis aus, daß es auch in leidenschaftlich erregten Angelegenheiten die Würde zu wahren weiß.

Anwesend: 28 Stadtverordnete, am Magistratsisch 4 Mitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt die Versammlung dem Vorsteher die Ermächtigung, dem Publikum, das auf der Galerie keinen Platz finden konnte, das Verweilen im Sitzungssaal zu gestatten. Auf Antrag der Stadtv. Frau Dr. Baumstark wird der 8. Punkt der Tagesordnung an die erste Stelle gesetzt und somit zugleich in dessen Beratung eingetreten. Stadtv. Dr. Wolff erhält das Wort zur Begründung seines Antrages betr. Beschlusfassung über die

Auflösung des kommunalen Arbeiterrates.

Er führte etwa aus: Die Arbeiterräte sind eine Frucht der Revolution. Die Umwälzung, die durch sie geschaffen, muß einmal ein Ende haben, sonst gelangt man dorthin, wo die ungarische Räteregierung geendet hat. Wenn es nicht mehr rückwärts gehen soll, so dürfe es andererseits aber auch kein Vorwärtsschritt im Umsturz geben. Der Zeitpunkt ist da, wo das vorgedachte Ziel erreicht ist. Deshalb stellt er seinen schon früher vorgebrachten Antrag auf Auflösung des Arbeiterrates von neuem. Auf Grund der Verhältnisse sind unsere sämtlichen Körperschaften gewöhnt. Da hat es denn keinen Sinn mehr, noch eine Kontrollorgan aufrechtzuerhalten. In vielen anderen Städten hat man den Arbeiterrat schon abgeschafft, das gleiche kann auch in Homburg geschehen. Nach weiteren Ausführungen, die sich mit dem Fall Rintelen beschäftigten, ebenso mit dem bisherigen Ergebnis der Revolution ist er dafür, daß beim Ministerrat des Innern angefragt wird, ob die Stadtverordnetenversammlung das Recht habe, den kommunalen Arbeiterrat aufzulösen.

Stadtv. Reich stellt den Antrag, die Beschlusfassung über die Auflösung des Arbeiterrates ohne weitere Debatte solange zu vertagen, bis das Betriebsrätegesetz in Kraft getreten sei. Stadtv. Dr. Wolff ist für Ablehnung dieses Antrages, da Betriebsräte und Arbeiterräte zwei verschiedene Dinge seien. Eine Abstimmung beschließt in diesem Sinne und man trat in die Debatte ein.

Stadtv. Dippel: Die Monarchisten haben wieder Oberwasser, deshalb streben sie in ihrem Sinne eine Umwälzung an. Aber die

Arbeiterschaft ist auf dem Posten.

Für die Verfehlungen Einzelner kann eine Partei nicht verantwortlich gemacht werden. Auch die Rechte weißt Ueberläufer nicht die Tür. Ueber die Verdienste des Homburger Arbeiterrates will Redner nicht sprechen; in der ersten Zeit habe man ihn allseitig anerkannt, weil man in Not gewesen. Durch den Willen des Volkes ist der Arbeiterrat eingesetzt, durch den Willen des Volkes wird er nur wieder abtreten. Der Regierungsapparat soll so lange überwatcht werden, bis die Revolution gesichert ist. Schon heute besteht die Gefahr, daß sie ins Gegenteil umschlägt. Das Kontrollrecht ist lästig, weil es den ehemals herrschenden Klaren nicht angenehm ist. Die Stadtverordnetenversammlung kann den Arbeiterrat nicht auflösen, das können nur seine Mandatgeber. Die Arbeiterschaft hat das Gefühl, daß in der inneren Verwaltung etwas geschehen kann, was gegen ihre Interessen ist, wenn sie nicht hineinschauen kann. Dabei hat der Arbeiterrat kein Kontrollrecht immer in maßvoller Weise gebraucht. Nichts steht auf dem Spiel, wenn der Arbeiterrat noch bestehen bleibt. Die Rechte tut gut, wenn sie die

Dinge nicht auf die Spitze

treibt. Das System muß sie sich wohl oder übel gefallen lassen.

Stadtv. Everts steht auf dem Standpunkt, daß das Volk zu regieren hat, und zwar in seiner Majorität. Er rechtfertigt weiter seinen Standpunkt in der Selbstbewilligungsfrage, gegen eine Beaufsichtigung des Magistrats müsse er sich wenden, weil in ihm auch die Vertreter der Arbeiterschaft sitzen.

Stadtv. Odenweller: Wir wollen keinen Verordnungschein. Bisher war der Arbeiterrat immer der Prellbock für beiderseitige Interessen. Ehrlich und recht hat er auf seinem Posten gestanden im Allgemeininteresse. Der Vorwurf des Stadtv. Dr. Wolff, der Arbeiterrat behandle den Magistrat wie Zuchthäuser, ist gemein. Stadtv. Vorsteher Dr. Rüdiger ruft ihn dafür zur Ordnung und verbittet sich weiterhin jede Kritik an seiner Amtsführung. Persönlich geht der Arbeiter ganz gern, wenn der Stab im Augenblick der Errichtung der Einwohnerwehr gebrochen werden soll, so ist die

Erregung der Arbeiter

wohl zu verstehen. Für eine ordnungsmäßige Anfrage beim Minister des Innern ist er zu haben. Uebergriffe einzelner Arbeiterräte sind wohl vorgekommen, aber in Homburg war das bisher nicht der Fall. In der Wahrung der Rechte des Arbeiterrates weiß er die straff organisierte Arbeiterschaft Homburgs hinter sich. Wenn man einerseits geringe Kosten bei der Besoldung sparen will, so lassen sich andererseits ganz wesentliche Rechnungen präsentieren. Redner kommt weiter auf die Verdienste des Arbeiterrates zu sprechen, alle haben bisher zu ihm Vertrauen gehabt, in der Lebensmittel- und Brennstoffnot war seine Hilfe wertvoll. Diese praktische Tätigkeit wolle man jetzt auf einmal beseitigen. Man hätte sich doch erst über die Kompetenzfrage einigen sollen. Die Arbeiterschaft empfindet es als einen Schlag ins Gesicht, jetzt wo noch

Unklarheit auf der ganzen Linie

wo uns ein schwerer Winter bevorstehe, den Arbeiterrat auflösen zu wollen. Aber sie habe die stolze Gewissheit, daß es nicht mehr rückwärts gehen kann. Man solle dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft auch in Zukunft das Recht zur lokalen Mitarbeit in der Stadtverwaltung erhalten bleibe.

Stadtv. Schmid führt aus, daß die Stadtverordnetenversammlung kein Recht habe, den Arbeiterrat aufzulösen, und sucht dies an Hand gesetzlicher Bestimmungen zu begründen. Die Demokratisierung sei noch lange nicht in dem erwünschten Maße durchgeführt, daß man den alten Gewalten heute Vertrauen schenken könne. Sie wollen sehen,

was hinter den Kulissen vorgeht.

Die Kosten seines Unterhalts habe der Arbeiterrat gedeckt, dadurch, daß er der Stadt und dem Staate Hunderttausende gerettet habe.

Stadtv. Schäfer: Wenn der kleine Finger geboten, der will danach die ganze Hand haben. Man will die Kugel, die die Revolution ins Rollen gebracht, wieder auf den alten Stand zurückbringen. Redner kommt noch auf die Verfehlungen des Großen Hauptquartiers zu sprechen, der Arbeiterrat Einhalt geboten. Versage man ihm nun die Existenzberechtigung, werde man die Folgen zu tragen haben.

Stadtv. Behrends bedauert, daß die Debatte begonnen, bevor die endgültige Regelung der Rätefrage erfolgt sei. Jahrhundertlang sei die große Masse entrechtet gewesen und frapp ein Jahr wolle man sich nicht einmal ihre Kontrolle gefallen lassen. Redner kommt näher auf den

Fall Rintelen

zu sprechen, der in der ersten Zeit gewissenhaft sein Amt versehen, und als man Verfehlungen nachweisen konnte, habe man ihn sofort fallen gelassen. Uebrigens sei er Reserveoffizier gewesen, jener Stand, der sich im Kriege an Schiebergeschäften vielfach beteiligt und der jetzt den deutschen nationalen Kreisen am nächsten stünde. Er verleihe weiterhin, die Richtigkeit des Arbeiterrates im Allgemeininteresse der Stadt nachzuweisen und wartet vor dem Schritt der Auflösung. Wer wolle dann die Verantwortung übernehmen, wo die Lebensmittelnot immer größer werde und damit zugleich der Unwille der arbeitenden Schichten.

Stadtv. Denfeld führt namens seiner Parteifreunde aus, daß sie den Arbeiterrat niemals als einseitige Institution anerkannt habe, in diesem Sinne habe sie für den Antrag auf Auflösung gestimmt. Er vermisst die Vertreter der christlich-organisierten Arbeiterschaft im Arbeiterrat umsonst, da auch diese ein Interesse daran hätten, daß ihnen die

Früchte der Revolution erhalten

blieben. Er ist ebenfalls für eine Anfrage beim Minister des Innern, über Berechtigung zu der Auflösung oder nicht.

Stadtv. Schmid kommt unter anderem darauf zu sprechen, daß die Einwohnerwehr schon jetzt als ein totgeborenes Kind gelten dürfe, was die geringe Zahl der Anmeldungen beweise.

Stadtv. Dr. Wolff entgegnet kurz auf die ihm gemachten Vorwürfe. Persönlichkeitsfragen lägen ihm fern und die Andeutung auf die Zuchthäuserrolle sei anders gefallen. Er freut sich aber, daß

im gewissen Sinne eine Klärung

erfolgt sei. Wie der Bürgerausschuß, so solle auch der Arbeiterrat als Vertretersmann seiner Mandatgeber weiter tätig sein. Vor jemand, der aus dem Mobschloß krieche, brauche man wirklich keine Angst zu haben. Er schließt sich dem Antrag des Stadtv. Denfeld an. Er habe an keine Brückierung gedacht und sei tolerant nach rechts und nach links und wolle niemand gegen Gesetz und Billigkeit aus dem Posten jagen. Das Drohen mit Gewalt habe wenig Zweck.

Als letzter Debatteredner führte Stadtv. Odenweller nochmals aus, der Magistrat soll öffentlich tagen, die Geheimstungen müssen verschwinden, damit die Arbeiterschaft einen Einblick in alle Verwaltungsgebiete erhalten kann. Ihre Mitarbeiterschaft an der Behebung von Räten und Mißständen muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Was hätte es für einen Zweck, den Arbeiterrat aufzulösen, wenn seine Freunde hernach die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung sabotieren würden. Das Zentrum verstände nicht recht den Geist der Zeit, damit mündet Redner wieder ins hochpolit. Jahrgewässer, wo wir ihm aus Raumangel nicht folgen können.

Nachdem noch auf der Rednerliste einige Namen vorgerückt waren, fand ein Viertel vor 11 Uhr ein Antrag auf Schluß der Debatte Genehmigung. Es soll nun dem Minister des Innern auf schriftlichem Wege die Frage vorgelegt werden, ob die Stadtverordnetenversammlung den Arbeiterrat auflösen kann.

Wie wir erfahren, hat die Stadtverordnetenversammlung nach Erledigung des zweiten Punktes, der eine Anschaffung von Lastautos für städtische Zwecke zum Preise von 11 000 Mark vorzieht, die Durchberatung der übrigen Tagesordnungspunkte auf Dienstag, 9. November verschoben. Um 11 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Was die Ehemänner gelernt haben.

Der Ehemann war vor dem Kriege im Haushalt keine Hilfe, sondern machte nur Arbeit. Die junge Frau mußte bald erkennen, daß der „Genosse ihres Schicksals“ sich in allen Handierungen und Verrichtungen des täglichen Lebens so ungeschickt wie nur möglich anstellte, und die stolze Ueberlegenheit, die sie in allen Fragen der Wirtschaft zeigen konnte, war mit sehr viel Mühe erkauft. So hat denn die mangelnde Befähigung des Mannes zum Dienst-mädchen gar manchen Schatten über den Sonnenglanz eines jungen Eheglücks geworfen und zu vielerlei Zwistigkeiten geführt. Das ist nun durch den Krieg anders ge-

worden. Der Schützengraben war für die Männer eine gute Schule, in der sie Kochen und Kleiderreparieren und viele andere Dinge lernten, die sich auch im Frieden im Haushalt gut verwenden lassen. Der Mann ist also nunmehr instande, seiner Ehehälfte in allen Wirtschaftsdingen an die Hand zu gehen, und die Grundlage für ein wohlfeilendes Ehepaar ist damit gegeben. Ob er freilich die im harten Kriegesleben erlernten Künste nun auch im häuslichen Heim auszuüben stets bereit sein wird, ist eine andere Frage.

In England lag das jedenfalls der Fall zu sein, wenn wir den Schilderungen von Hilda M. Love glauben wollen, die in einem Londoner Blatt die große Reueigkeit verkündet: „Die Ehemänner machen sich nützlich.“ „Die Frauen“, schreibt sie, „haben in diesem Jahre ganz neue und unerwartete Züge an ihren Männern erkannt und Erfahrungen gemacht, die sie vor dem Kriege für unmöglich gehalten hätten. Man stelle sich z. B. das scheinungslose Erstaunen einer Frau vor, die von einer Besorgung verspätet nach Hause zurückkehrt und der schon im Flur ein lechterer Duft in die Nase weht, die den Ehemann in vollendeter Weise gebackt findet und sich nur an die Tafel zu setzen braucht, um ein von ihrem Mann unterdessen gekochtes und serviertes Mahl einzunehmen. Und dieses Heimgeländchen von einem Gemahl wußte, bevor es beim Militär Ansetzte, nicht einmal, wann das Wasser kocht. Nur eine Hausfrau kann das freudige Erstaunen begreifen, das über sie kommt, wenn der Mann, der früher unfähig war — oder sich wenigstens für unfähig hielt — auch nur eine Hand im Haushalt zu rühren, sich nun zu allen Dingen geschickt erweist. Feuer anzumachen kann, Nägel einschlägt, Holz zerkleinert und all die Werke verrichtet, die so leicht aussehen und doch verstanden sein wollen. Aber nicht nur solch freudige praktische Entdeckungen: macht die Hausfrau, sondern auch in seelischer Beziehung erlebt sie Ueberraschungen und findet, daß der Mann, den sie als einen nüchternen Arbeitsmenschen heiratete, in sich die Seele eines Dichters verbirgt. Rührende Liebesbriefe und oft auch zärtliche Verse sind von Männern gekommen, die die Worte des Liebhabers für immer vergessen zu haben schienen. So haben Tausende von Frauen, die glaubten, daß sie in ihrer Ehe nichts Neues mehr erfahren könnten, große Ueberraschungen erlebt.“

• **Erweiterter Geschäftsverkehr.** Die Verkaufszeiten vor Weihnachten sind folgendermaßen festgesetzt worden: An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten ist die Zeit von 11 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. für den Verkehr freigegeben.

• **Die Versammlung der Zentrumspartei** findet heute abend im Saal der „Goldenen Rose“ statt.

• **Neue Gasnote.** Wie uns die Direktion des Gas- und Wasserwerkes mitteilt, läßt die Kohlenlieferung des höchsten Gaswerkes sowohl der Menge als auch der Qualität zurzeit so viel zu wünschen übrig, das die Abgabe von Gas nach Homburg weiter reduziert werden muß. Demzufolge sieht sich das hiesige Gaswerk gezwungen, ab morgen in der Zeit von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachm. die Gasabgabe einzustellen. Es besteht aber die Hoffnung, daß mit der Inbetriebnahme der neuen Reservewerke die Gasproduktion erhöht werden kann. Einstweilen aber heißt es, sich zu behelfen, so gut es eben geht.

• **Kurbautheater.** Das morgen, Donnerstag, stattfindende Ensemble-Gastspiel von Mitgliedern des Frankfurter Schauspielhauses bringt eine einmalige Aufführung der ausgezeichneten drei altigen Komödie „Der Leibgarde“ von Franz Molnar in der Originalbesetzung der Frankfurter Schauspielbühne mit den Damen Kitty Kadenbach, Thessa Althammer, und Herren Georg Pengbach, Walter Brüggemann in den Hauptrollen. — Die Spielleitung hat Walter Brüggemann. — Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr.

• **Frankfurter Einbrecher in Homburg.** Unlesamen Besuch erhielten wir heute in den frühen Morgenstunden von Frankfurt. Im Lederwarengeschäft Koller in der Luisenstraße stiegen drei Einbrecher von Frankfurt ein, verpackten, was ihnen mitnehmenswert schien und wollten damit abräumen. Aber sie hatten kein Glück. Als man sie entdeckt hatte, ergriffen sie die Flucht; dann gaben sie auf ihre Verfolger Schüsse ab, ohne zu treffen. Und dann erteilte sie das Schicksal. Der eine wurde in Dornholzhausen festgenommen, der andere an der elektrischen Bahn und der dritte gab, als er sich in der Stadt verfolgt glaubte, auf sich selbst Schüsse ab, die ihn so schwer verletzten, daß er im Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

• **Einbruch in einer Villa.** Ebenfalls Frankfurter Einbrecher stahlen heute früh aus einer hiesigen Villa Gold- und Silberfachen im Werte von mehreren tausend Mark. Die Diebe wurden jedoch auf der Lokalbahn in Gonsenheim gestellt, tüchtig verprügelt und der Polizei übergeben. Die gestohlenen Sachen sind sichergestellt.

• **Ankorrigiert** mußte heute ein großer Teil des Saues in Druck gegeben werden, auch fehlte es an der Möglichkeit, alle Neuigkeiten, namentlich lokale, setzen zu lassen. Wir bitten für beides um Entschuldigung.

Schlechte Versorgung mit Kaffee-Ersatz für 1919/20.

Die Rohstoffverteilungsstelle für die Kaffeeersatzindustrie in Berlin teilt mit, daß die Aussichten für eine genügende Versorgung der Bevölkerung mit geeignetem Kaffee-Ersatzmitteln für den kommenden Winter außerordentlich schlecht sind. Nach den Mitteilungen der in Frage kommenden Reichsstellen stehen günstigstenfalls insgesamt etwa 60 000 Tonnen Rohstoffe für die Herstellung von Kaffee-Ersatzmitteln zur Verfügung. Bezüglich der Zuderriiben insbesondere ist es mehr als zweifelhaft, ob sie überhaupt für die Verarbeitung für Kaffee-Ersatz wieder zur Verfügung stehen werden; denn leider werden unter Umgehung der Zwangswirtschaft allenthalben im Schleichhandel Zuderriiben gehandelt, die damit nicht nur der Zuderwirtschaft, sondern auch für die ordnungsmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Kaffee-Ersatz verloren gehen. An Gerste soll noch weniger geliefert werden als im Vorjahr. Demgegenüber wurden aber im Frieden rund 260 000 Tonnen Rohmaterialien auf Kaffee-Ersatz verarbeitet. Mit anderen Worten, es steht für die kommende Zeit kaum ein Fünftel der für die Versorgung der Bevölkerung mit Kaffee-Ersatz unter normalen Verhältnissen erforderlichen Rohstoffe zur Verfügung. Dazu kommt, daß die Einfuhr von Bodenkaffee, die im Frieden 175 000 Tonnen ausmachte, aufs äußerste eingeschränkt ist und angesichts der hohen Preise nur für den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung in Betracht kommt. Die Minderlieferung der Gerste

